

Altmann, Franz-Lothar

Article — Digitized Version

## Die Wirtschaft der ČSSR: Zwei Jahre danach

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Altmann, Franz-Lothar (1970) : Die Wirtschaft der ČSSR: Zwei Jahre danach, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 11, pp. 657-660

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134192>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die Wirtschaft der ČSSR – Zwei Jahre danach

Franz-Lothar Altmann, München

Die Pläne der Wirtschaftspolitik gelingen, so lautet die Überschrift über dem offiziellen Halbjahresbericht für das erste Halbjahr 1970 (Rudé Právo, 30. 7. 1970). Dieser Bericht stützt sich auf Angaben der amtlichen tschechoslowakischen Statistik, auf die sich auch westliche Zeitungen berufen, wenn sie zur gleichen Zeit berichten: „ČSSR-Wirtschaft noch mit vielen Mängeln“ (Süddeutsche Zeitung, 29. 7. 1970). Wie steht es nun tatsächlich um die Wirtschaft der Tschechoslowakei? Überwiegen die Konsolidierungs- oder die Auflösungstendenzen?

## Intervention und Föderation

Die militärische Intervention des 21. August 1968 erfolgte sicherlich nicht zuletzt auch deshalb, um dem drohenden Ausfall der ČSSR als Partner der sozialistischen Wirtschaftskooperation zu begegnen. Sie hat aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen das Land seit 1962 sichtbar litt, eher vergrößert als verkleinert. Die Arbeitsbereitschaft der Bevölkerung, die während des Prager Frühlings erstmals wieder im Ansteigen begriffen war, sank rapide. Der passive Widerstand, der sich primär gegen die politischen Ereignisse nach dem 21. August richtete, machte sich so auch im Wirtschaftsleben stark bemerkbar.

Verstärkt wurde die allgemeine wirtschaftliche Schwäche des Landes durch seine zum Teil noch ungelösten institutionellen Probleme. Denn die auf Autonomie und Parität gerichteten Bestrebungen der Slowaken schwächten den Leistungsverband der beiden Staatshälften ČSR und SSR und blähten den bereits umfangreichen Staats- und Verwaltungsapparat noch weiter auf. Nach den Vorbereitungen für die neue Föderation sollten die Aufgabenstellung und die Verfügungskompetenz der beiden nationalen Gebietskörperschaften mit den Erfordernissen der Wirtschaftsreform in Übereinstimmung gebracht werden<sup>1)</sup>. Als aber am 1. Januar 1969 die neue föderative Verfassung der ČSSR in Kraft trat, war bereits zu er-

kennen, daß den Reformvorstellungen von Prof. Šik und seinen Mitarbeitern keine lange Lebensdauer mehr beschieden sein würde. Auch der föderative Aufbau der ČSSR-Wirtschaft kann nach ihr noch immer nicht als abgeschlossen bezeichnet werden, wenn man den Aufbau einiger seiner Komponenten, wie z. B. des Bankensystems, des Staatshaushalts und der Wirtschaftsplanung, näher betrachtet.

## Stagnation und Inflation

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß vor allem während der ersten sechs Monate des Jahres 1969 die Entwicklung der Volkswirtschaft der ČSSR ganz im Zeichen einer allgemeinen Schwächung und Konzeptionslosigkeit auf den Leitungsebenen und der Unsicherheit auf der Betriebsebene stand. Die im Jahresplan 1969 vorgezeichneten Ziele konnten insbesondere im Industriebereich, im Bauwesen und bei der Versorgung des Binnenmarktes mit Konsumgütern nicht erreicht werden. In den Grundzügen kann man die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft im ersten Halbjahr 1969 folgendermaßen charakterisieren<sup>2)</sup>:

□ Die Wachstumsrate der gesamten Industrie betrug nur 3,7% (geplant 7%). In einigen Industriezweigen stagnierte die Produktion oder nahm sogar, wie beispielsweise bei der Herstellung von Baumaterialien, ab. Die vorgesehenen Aufgaben konnten daher vor allem im Wohnungs-

<sup>1)</sup> Vgl. A. Lantay: Federace a ekonomie. In: Nové slovo vom 25. 9. 1969.

<sup>2)</sup> Vgl.: Zpráva o vývoj národního hospodářství v ČSSR v I. pololetí 1969. In: Hospodářské noviny vom 8. 8. 1969.

*Franz-Lothar Altmann, 28, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Osteuropa-Institut, München, und Redakteur des Jahrbuchs der Wirtschaft Osteuropas. Er beschäftigt sich vor allem mit Wirtschaftsfragen der ČSSR.*

bau (Zuwachs: 1,9 %) nicht erfüllt werden, wobei die Hauptstadt Prag einen „Rekord“ mit nur 276 fertiggestellten Wohneinheiten (in sechs Monaten!) aufstellte. Auch die Landwirtschaft lieferte weniger tierische Produkte, insbesondere Fleisch und Eier, als im ersten Halbjahr 1968.

Die in diesem Zeitraum durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit konnte nicht durch eine entsprechende Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgeglichen werden.

Die Geldeinkommen der Bevölkerung stiegen trotz des geringen Wachstums der Produktion und der verringerten Arbeitszeit im Vergleich zum ersten Halbjahr 1968 um 13,6 %. Dies bewirkte in Verbindung mit einer Abnahme der Spartätigkeit ein starkes Ansteigen der privaten Nachfrage auf dem Binnenmarkt.

Die Diskrepanz zwischen verringerter Produktion und gesteigerten Ausgaben führte zu einer inflatorischen Erhöhung der Einzelhandelspreise. Das Föderale Statistische Amt verzeichnete im ersten Halbjahr 1969 einen Anstieg der Einzelhandelspreise für Waren und Dienstleistungen in Höhe von 3,1 % im Vergleich zur Vorjahresperiode. Besonders stark stiegen dabei die Preise für Industriewaren (4,6 %) und Gemüse (12,9 %).

Aufgrund der zunehmend veralterten Produktionsanlagen ergab sich eine verstärkte Nachfrage nach Investitionsgütern. Die Steigerung der Investitionstätigkeit um 7 % gegenüber dem ersten Halbjahr 1968 brachte jedoch zunächst keine Entspannung der allgemeinen Wirtschaftslage. Es kam nur zu einer weiteren Vermehrung der bereits ungewöhnlich großen Anzahl an unvollendeten Bauten.

### Konsolidierung nicht gelungen

Die von der Regierung bereits im Frühjahr 1969 eingeleiteten Stabilisierungsmaßnahmen sollten eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage verhindern. Durch administrative Eingriffe versuchte man, die inflationäre Entwicklung im Investitionsgütersektor, bei den Löhnen und bei den Einzelhandelspreisen zu stoppen. Man untersagte z. B. den Beginn neuer Bauten, führte eine zusätzliche Besteuerung bei Lohnerhöhungen ein und froh die Großhandelspreise vorübergehend ein. Dennoch gelang es bis zum Jahresende nicht, die Situation auf dem Binnenmarkt zu konsolidieren (vgl. Tabelle). Das Wachstum der Investitionen hatte sich nicht verlangsamt und die Anzahl der unvollendeten Bauten nicht verringert. Im Vergleich zu 1968 verringerte sich 1969 sogar die Produktion mancher Konsumgüter und Grundnahrungsmittel. So wurden beispielsweise 10,4 % Haushaltskühlschränke, 1,8 % Baumwollgewebe, 4 % Frischfleisch, 5 % pasteurisierte Konsummilch

weniger und nur 0,1 % Molkereibutter mehr erstellt als im Vorjahr. Wie bereits in den vergangenen Jahren konnten auch die Planzahlen des Wohnungsbaus nicht erreicht werden. Statt 85 002 wurden 1969 nur 83 386 fertiggestellte Wohneinheiten übergeben<sup>3)</sup>.

**Tabelle**  
**Kennziffern der ČSSR-Wirtschaft 1969**

	Effektive Wachstumsrate <sup>1)</sup>	Geplante Wachstumsrate <sup>1)</sup>
Nationaleinkommen	6,5	7,0
Industrielle Bruttoproduktion	5,1	7,0
Bauwesen	6,0 <sup>2)</sup>	6,5
Landwirtschaft	0,9	2,0
Investitionen	10,3	6,5
Geldeinkommen	12,2	8,0
Einzelhandelsumsatz	12,7	8,0
Lebenshaltungskosten	3,6–3,8	2,0–2,5

<sup>1)</sup> Angaben in % auf der Basis 1968. <sup>2)</sup> Einschließlich unvollendeter Bauten.

Quelle: Hospodářské noviny vom 19. 12. 1969 und 6. 2. 1970.

Die starke Binnennachfrage führte zu einer außerplanmäßigen Steigerung der Importe aus den sozialistischen Staaten – die am Außenhandelsumsatz der ČSSR mit ca. 72 % beteiligt sind –, wodurch sich die Außenhandelsbilanz mit diesen Ländern immer mehr verschlechterte. Durch verstärkte Westexporte gelang es aber andererseits, einen Teil der kurzfristigen Verschuldung bei den Hartwährungsländern abzubauen.

### Sparmaßnahmen

Da die eingeleiteten Stabilisierungsbemühungen nicht die erhofften Erfolge gebracht hatten, erließ die Regierung am 19. 3. 1970 eine Reihe neuer Verordnungen, die recht gut als Sparmaßnahmen charakterisiert werden können<sup>4)</sup>.

Einige der erst im letzten Jahr eingeführten freien Samstage – die arbeitsfreien Tage pro Jahr hatten sich dadurch von 76 auf 125 erhöht – sowie ein Sonntag wurden erneut zu Arbeitstagen erklärt.

Die Ausgaben für Dienstreisen, Repräsentation und Büroeinrichtungen wurden herabgesetzt.

Neue „unproduktive“ Betriebsstätten oder Institutionen, wie beispielsweise Forschungseinrichtungen, sollen nicht mehr errichtet werden.

Der durch die Bildung der Föderation aufgeblähte Verwaltungsapparat soll 1970 um 10 % seiner Beschäftigten verkleinert werden. Hierdurch werden 60 000 bis 65 000 Erwerbstätige freigesetzt; sie könnten die spürbare Knappheit an Arbeitskräften in der übrigen Wirtschaft verringern.

<sup>3)</sup> Vgl. Hospodářské noviny vom 7. 2. 1969 und 6. 2. 1970.

<sup>4)</sup> Vgl. Rudé právo vom 21. 3. 1970.

Die Zuwendungen des Staates an die Wirtschaft für 1970 wurden um 3% gekürzt.

Die weitere Strategie des laufenden Jahresplanes besteht aus einer Auswahl von 36 am vordringlichsten zu lösenden Aufgaben. Annähernd 35% aller zur Verfügung stehenden Investitionsbeträge sollen diesen volkswirtschaftlich wichtigen Bereichen zugeführt werden. Die Regierung hofft, hierdurch die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der von ihr gewünschten Richtung beeinflussen zu können. Diese Methode der Schwerpunktänderung soll auch für den Fünften Fünfjahresplan (1971–1975) übernommen werden.

Diese Maßnahmen müssen in engem Zusammenhang mit dem Versuch gesehen werden, die zentrale Kontrolle des Staates über die Wirtschaft wiederherzustellen. Denn aufgrund der unterbrochenen Reform des Jahres 1968 und der überstürzt durchgeführten Föderalisierung des Landes wurde der Informationsfluß für die zentralen Planungsstellen, die das weitere Konsolidierungsprogramm erstellen sollen, während der letzten zwei Jahre vernachlässigt.

#### Erste Erfolge 1970...

Betrachtet man die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1970<sup>5)</sup>, so kann man durchaus erste Erfolge der eingeleiteten Maßnahmen erkennen. So erhöhte sich z. B. die Bruttoproduktion der Industrie, die rd. 67% des Sozialprodukts erstellt, gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 8,3%. Dieser Zuwachs ist in vollem Umfang der gestiegenen Arbeitsproduktivität (8,4%) zuzurechnen. Da zur gleichen Zeit die Durchschnittslöhne in der Industrie um nur 4,2% gestiegen sind, geht zumindest von diesem bedeutenden Wirtschaftszweig eine gewisse antiinflationäre

<sup>5)</sup> Vgl.: Národní hospodárství ČSSR a plnění planu v I. pololetí 1970. In: Hospodárské novina vom 31. 7. 1970 und Rudé právo vom 30. 7. 1970.

Wirkung aus. Eine ähnliche Entwicklung ist auch im Bauwesen zu verzeichnen.

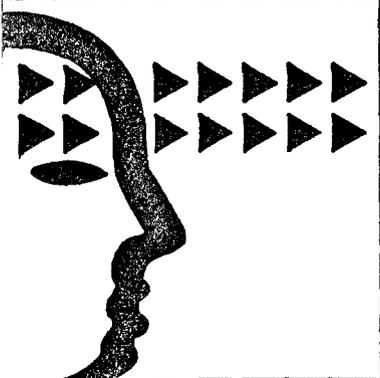
Ein weiterer Indikator für einen Erfolg der staatlichen Inflationsbekämpfung kann darin gesehen werden, daß sich die Einzelhandelspreise während der ersten sechs Monate dieses Jahres um nur 0,3% erhöht haben – die „Einfrierung“ demnach gelungen ist. Die Bevölkerung, die in den letzten zwei Jahren aus Angst vor weiteren Preissteigerungen weniger sparte und teilweise sogar Sparguthaben auflöste, schränkte ihren Konsum ein und trug damit zur allgemeinen Entspannung des Binnenmarktes bei. Inwieweit der Nachfragerückgang auf ein unzureichendes Warenangebot zurückzuführen ist und damit einen erzwungenen Konsumverzicht darstellt, kann nicht ohne weiteres festgestellt werden.

#### ... nur auf Teilgebieten

Der offizielle Halbjahresbericht berichtet jedoch noch immer über Versorgungslücken bei Textilien, Kinder- und Kleinkindererzeugnissen, Batterien, kleinen Elektrogeräten, Nähmaschinen, Waschmaschinen, Brennstoffen und Baumaterialien. Unzureichend ist weiterhin die Versorgung mit verschiedenen Fleischwaren.

Das Hauptproblem des ersten Halbjahres 1970 lag in der sich verschlechternden Versorgung mit Brennstoffen und Energie. Zu den Unzulänglichkeiten gehören ebenfalls die ungenügende Planung und Vorbereitung von Bauvorhaben sowie vor allem die unverhältnismäßig lange Bauzeit. Von den in diesem Jahre zu erstellenden Wohnungen wurden in den ersten sechs Monaten erst 25,5% übergeben. Das ist um so erstaunlicher, als seit Herbst letzten Jahres eine Anzahl jugoslawischer Baufirmen in der ČSSR tätig sind, um die Engpässe beim Bau von Fabriken, Appartements und Hotels beseitigen zu helfen<sup>6)</sup>. Auch

<sup>6)</sup> Vgl. Politika, Belgrad, vom 8. 9. 1969.



**Ideenreichtum** ist die Grundlage jedes Geschäftserfolges. Doch die glänzendste Idee verwirklicht sich nicht von selbst. Zielstrebigkeit und Sachkenntnis sind notwendige Voraussetzungen. Das Spezialwissen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter sind dabei eine wichtige Hilfe. Sie ebnen auch Ihnen den Weg zur Verwirklichung Ihrer Erfolgsideen.



**COMMERZBANK**  
... eine Bank, die ihre Kunden kennt

im Außenhandel dauerte im ersten Halbjahr 1970 die ungünstige Entwicklung des vergangenen Jahres an. Die Gesamteinfuhren überstiegen die Gesamtausfuhren, und aufgrund ihrer höheren Zuwachsrates von 20 % gegenüber 16 % bei den Ausfuhren werden die Außenhandelsdefizite der ČSSR weiter anwachsen. Dabei nimmt die Verschuldung gegenüber dem westlichen Ausland erneut zu. Denn die erhöhten Einfuhren (24 %) aus westlichen Ländern konnten nur teilweise durch erhöhte Ausfuhren (14 %) bezahlt werden. Man kann demnach nur von Teilerfolgen bei der Inflationsbekämpfung sprechen.

### Renaissance des Planes

Für eine Beurteilung der aufgezeigten Entwicklung ist es von Interesse, welche Teile des Reformprogramms von 1968 während der letzten zwei Jahre im Zuge der sogenannten „Normalisierung“ zugunsten des alten, direktiven Planungssystems aufgegeben wurden.

Zum Entscheidungsbereich der Zentrale gehörten im alten System nicht nur die Planung der Produktion und die Verteilung des Produktionsergebnisses, sondern auch die Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen, Arbeitskräften und Finanzmitteln sowie die Planung des technischen Fortschritts. Die derzeitigen Überlegungen scheinen eine Rückkehr zu diesem administrativ-zentralistischen System nicht zu beinhalten. Eine allgemeine Stärkung der zentralen Entscheidungsgewalt wurde jedoch durch den Inflationsdruck und das wirtschaftliche Ungleichgewicht der letzten beiden Jahre mehr oder weniger gerechtfertigt. Denn die Wirksamkeit der 1968 im Zuge der Wirtschaftsreformen neu eingeführten indirekten Leitungs- und Kontrollinstrumente erwies sich als nur gering. So war es beispielsweise nicht möglich, die Unternehmen von neuen, volkswirtschaftlich unerwünschten Investitionsvorhaben durch höhere Kreditzinsen abzuhalten, wenn sie ihre Projekte aus eigenen Mitteln finanzieren konnten.

Die Wiedereinführung des Staatsplanes — der während der Reformzeit den Betrieben nur zur Information diente — als wichtigstes wirtschaftliches Kontrollinstrument muß auch im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Restaurierung der führenden Rolle der Partei in der Wirtschaft gesehen werden. Das heißt aber nicht, daß der Plan, wie vor den Reformen, jedem Betrieb bis ins Detail vorschreibt, welches Produkt er wann und wie zu produzieren hat. Die Betriebe sollen vielmehr durch Verträge an die Erfüllung des allgemeinen Planes gebunden werden. Die Staatsbank soll aber erneut, wie bereits vor dem Januar

1968, die Finanzoperationen und vor allem die Investitionstätigkeit der Betriebe stärker kontrollieren als bisher.

### Stärkung der Partei

Die noch vor zwei Jahren in einigen Sektoren mühsam installierten Marktbeziehungen sollen im günstigsten Fall nur noch als Hilfsinstrument für die Planerfüllung benützt werden. Der Preismechanismus, dem die Reformer die Funktion eines wichtigen indirekten Kontrollinstruments der Wirtschaft zugedacht hatten, wurde bereits durch die Maßnahmen der Inflationsbekämpfung praktisch außer Kraft gesetzt. Mitte letzten Jahres fielen noch 30 % aller Einzelhandelspreise unter die Kategorie der freien Preise, die seit der Reform gemeinsam mit den limitierten und fixen Preisen das Preissystem bildeten. Heute wird ihr Anteil auf maximal 5–10 % geschätzt. Das sind nur noch etwa 60 Erzeugnisse vor allem des gehobenen Luxusbedarfs. Zur Zeit wird in der ČSSR ein neues Preissystem entwickelt. Nähere Einzelheiten über seine Ausgestaltung sind jedoch noch nicht bekannt.

Ein besonderes Kennzeichen der Wirtschaftsreform in der ČSSR war die Einführung sogenannter Arbeiterräte, die eine neue Form der Mitbestimmung und Kontrolle in sozialistischen Unternehmen darstellten. Bis zum Verbot weiterer Neugründungen im Oktober 1968 konstituierten sich in nur fünf Monaten etwa 300 dieser Räte. In den Skoda-Werken in Pilsen wurde sogar der Direktor durch den Arbeiterrat gewählt — er mußte mittlerweile von seinem Posten zurücktreten. Diese Form der innerbetrieblichen Demokratie konnte sich gegenüber der allgemeinen Restaurierung der zentralen Wirtschaftskontrolle nicht behaupten. Den Arbeiterräten wurde vorgeworfen, daß sie in Widerspruch zum einheitlichen Leitungssystem ständen und der Partei die führende Rolle in der Wirtschaft entziehen würden<sup>7)</sup>. Danach wurden im Juni 1970 die letzten Arbeiterräte aufgelöst und alle bestehenden Verordnungen und Erlasse aufgehoben. Dasselbe Schicksal erlitten auch zahlreiche Interessenverbände, wie beispielsweise die Union der Staatsgüter und die Union der Maschinen- und Traktorenstationen.

Sicherlich wird es in der ČSSR keine Rückkehr zum alten direktiven System geben, dessen Schwächen zu offenkundig waren. Ebenso sicher werden jedoch die von Prof. Šik eingeleiteten Reformen nicht weitergeführt werden. Welchem der in der letzten Zeit in anderen sozialistischen Ländern eingeführten Wirtschaftsmodelle sich das „Husak-Modell“ annähern wird, ist noch nicht zu erkennen. Vielfach wird das mitteldeutsche Modell als Vorbild genannt.

<sup>7)</sup> Vgl. M. Lang: Pravda o podnikových radách, Sonderbeilage zu Hospodářské noviny vom 10. 7. 1970.